

Ihre Exzellenz
Der Präsidentin der Europäischen Kommission
Frau Ursula von der Leyen
Rue de la Loi 200
B 1049 BRUSSELS
BELGIUM

9. Juni 2026

Europa braucht starke Regionen

Exzellenz,

die belgischen Gliedstaaten, die deutschen Länder und die österreichischen Bundesländer sowie die polnischen Woiwodschaften begrüßen die Initiative der Europäischen Kommission, mit ihren Vorschlägen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union unter den weiterwachsenden geopolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu sichern.

Wir nehmen den aktuellen Stand der Verhandlungen zum MFR zur Kenntnis, basierend auf der am 9. Dezember 2025 vorgelegten Verhandlungsbox des dänischen Ratsvorsitzes. Wir begrüßen ausdrücklich, dass darin die zentrale Rolle der regionalen Ebene bei der Umsetzung der europäischen Förderpolitik hervorgehoben wird. Die langjährigen Förderinstrumente wie EFRE und ESF haben immer wieder klar unter Beweis gestellt, dass sie einerseits die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den europäischen Regionen entscheidend verbessern können und andererseits die notwendige Flexibilität aufwiesen, um auf neue Herausforderungen schnell und dezidiert zu reagieren.

Wir sehen in den jetzigen Vorschlägen weiterhin Risiken. Eine Bündelung und Vergabe der Mittel auf nationaler Ebene droht die Schlüsselrolle der Regionen bei der Gestaltung und Umsetzung der EU-Förderpolitik zu untergraben und die bewährten Grundprinzipien der Subsidiarität und der Partnerschaft, auf denen die Kohäsionspolitik seit Jahrzehnten beruht, auszuhebeln.

Die belgischen Gliedstaaten, die deutschen Länder und die österreichischen Bundesländer sowie die polnischen Woiwodschaften fordern daher auch im neuen MFR eine rechtliche und budgetäre Absicherung ihrer Zuständigkeiten. Eine weitergehende Stärkung der Subsidiarität, der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und der regionalen Gestaltungskraft sind von entscheidender Bedeutung, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union zu wahren und weiter zu festigen. Besonders in vollständig föderal organisierten Staaten wie Belgien, Deutschland und Österreich, aber auch in Polen, ist eine starke Rolle der Regionen unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund und im Interesse der Wahrung der Grundprinzipien der EU-Strukturpolitik sehen wir folgende Punkte als zwingend erforderlich an:

Wir fordern eine rechtsverbindliche Zusicherung, dass die Verhandlung über die inhaltliche Gestaltung der Regionalkapitel im Rahmen der angedachten Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) direkt zwischen der Europäischen Kommission und den

Regionen erfolgen. Die Einbindung der nationalen Ebene ist dabei insofern sicherzustellen, als es die Kohärenz mit den nationalen NRPP zwingend erfordert, aber im Interesse schlanker Strukturen auf das absolute Mindestmaß zu beschränken. Die Umsetzung liegt weiterhin allein in der Hand der Regionen.

Zweitens sehen wir es als notwendig an, dass die regionalen Ebenen auch bei einer möglichen Umstellung auf NRPP angemessen mit Mitteln ausgestattet werden. Eine Zentralisierung der Fördermittelausgaben auf nationaler Ebene ist unbedingt zu vermeiden. Ebenso sind ausreichende Kofinanzierungsmöglichkeiten – mindestens auf dem Niveau der Förderperiode 2014-2020 – essenziell, um die tatsächliche Abrufbarkeit der Mittel sicherzustellen

Drittens fordern wir die eigenständige Entscheidung über die Verwendung der uns zugewiesenen Mittel. Vorgaben der Europäischen Kommission zur Ausgestaltung der NRPPs (Artikel 22 der NRP-VO) sollten auf das notwendige Minimum beschränkt bleiben. Die Regionen besitzen die beste Kenntnis ihrer spezifischen Bedarfe und können Fördermittel zielgerichtet einsetzen. Dies gilt insbesondere für spezifische lokale und regionale Förderbedarfe, die durch allgemeine Kriterien nicht hinreichend abgebildet werden.

Viertens fordern wir ausdrücklich die Beibehaltung der derzeit geltenden n+3-Regelung (drei Jahre) zur Aufhebung der Mittelbindung. Vor dem Hintergrund unsere langjährigen Umsetzungserfahrung halten wir eine n+10-Regelung (zehn Monate) für nicht realistisch und befürchten einen erheblichen Mittelverfall.

Exzellenz,

die belgischen Gliedstaaten, die deutschen Länder und die österreichischen Bundesländer sowie die polnischen Woiwodschaften danken Ihnen für die bestmögliche Berücksichtigung der vorgetragenen Anliegen und stehen bereit, diesen Dialog konstruktiv und partnerschaftlich fortzuführen.

Mit freundlichen Grüßen



der Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg



der Ministerpräsident des Landes
Niedersachsen



Der Ministerpräsident des Freistaats
Bayern



der Ministerpräsident des Landes
Nordrhein-Westfalen



der Regierende Bürgermeister des
Landes Berlin



der Ministerpräsident des Landes
Rheinland-Pfalz



der Ministerpräsident des Landes
Brandenburg



die Ministerpräsidentin des
Landes Saarland



der Bürgermeister der Freien
Hansestadt Bremen



der Ministerpräsident des
Freistaats Sachsen



der Erste Bürgermeister der Freien
und Hansestadt Hamburg



der Ministerpräsident des Landes
Sachsen-Anhalt



der Ministerpräsident des
Landes Hessen



der Ministerpräsident des Landes
Schleswig-Holstein



die Ministerpräsidentin des Landes
Mecklenburg-Vorpommern



der Ministerpräsident des
Freistaats Thüringen



der Landeshauptmann des
Burgenlandes



der Landeshauptmann von
Tirol



der Landeshauptmann von
Kärnten



der Landeshauptmann von
Vorarlberg



die Landeshauptfrau von
Niederösterreich



der Bürgermeister und Landeshauptmann
von Wien



der Landeshauptmann von
Oberösterreich



die Landeshauptfrau von
Salzburg



der Landeshauptmann
der Steiermark



Minister-president van de Vlaamse Regering



Ministre-Président du Gouvernement Wallon



Ministre-Président de la Région de Bruxelles-Capitale



Ministre-Présidente du Gouvernement de la Fédération Wallonie-Bruxelles



Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft



**ZWIĄZEK WOJEWÓDZTW
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ**

der Vorsitzende der Vereinigung der polnischen Woiwodschaften